Während Dutzende Länder in einem Wettlauf versuchen, noch vor Ablauf einer Frist am Donnerstag Handelsabkommen mit den USA zu schließen, verfolgt Präsident Trump eine Strategie, die über den klassischen Fokus auf Märkte und Handelsdefizite hinausgeht: Er fordert milliardenschwere Investitionen in die Vereinigten Staaten.

Die Taktik des Präsidenten erinnert an seinen „Art of the Deal“-Ansatz. Mit wirtschaftlichem Druck zwingt er seine Handelspartner de facto dazu, finanzielle Zusagen zu machen – oder andernfalls mit drastischen Zöllen zu rechnen.

Für viele Handelsexperten stellt sich dabei die Frage, ob Trump noch mit Partnern oder bereits mit Geiseln verhandelt. Einige Beispiele verdeutlichen den Charakter dieser Abkommen:

- Südkorea sicherte sich einen niedrigeren Zollsatz, indem es Investitionen in Höhe von 350 Milliarden Dollar in den USA sowie Käufe von Flüssigerdgas im Wert von 100 Milliarden Dollar zusagte.
- Die Europäische Union kündigte an, amerikanische Energie im Umfang von 750 Milliarden Dollar zu kaufen und Investitionen von mindestens 600 Milliarden Dollar durch europäische Unternehmen zu tätigen.
- Japan kündigte einen Fonds über 550 Milliarden Dollar für Investitionen in den Vereinigten Staaten an.

Handelsexperten warnen jedoch davor, diese spektakulären Zahlen überzubewerten. Im Gegensatz zu Zöllen sind Investitions- und Kaufverpflichtungen schwerer durchzusetzen, und ihre oft vage Formulierung deutet darauf hin, dass manche Länder auf kreative Wege hoffen, um Trumps Zollforderungen zu umgehen. Einige Versprechen erscheinen zudem unrealistisch und bleiben inhaltlich unscharf.

Weitere Entwicklungen zu den US-Zöllen:

- Indien bezeichnete Trumps Androhung zusätzlicher Zölle als „unbegründet und unangemessen“ und kündigte an, „alle notwendigen Maßnahmen“ zum Schutz der eigenen Interessen zu ergreifen.
- Malaysia: Die dortige Solarindustrie, die bereits unter der Biden-Regierung massiv unter Zöllen gelitten hatte, dient nun als warnendes Beispiel für die Region.
- Die Schweiz zeigte sich überrascht von der Verhängung eines 39-prozentigen Strafzolls und kündigte an, Trump ein „attraktiveres Angebot“ zu unterbreiten, um die Abgabe zu senken.

Musk erhält Aktienpaket im Wert von 29 Milliarden Dollar

Tesla hat bekanntgegeben, dass dem CEO Elon Musk ein neues Aktienpaket im Wert von rund 29 Milliarden Dollar zugesprochen wurde. Ziel ist es, den umstrittenen Milliardär langfristig an das Unternehmen zu binden, nachdem ein Gericht zuvor ein früheres, milliardenschweres Vergütungspaket aufgehoben hatte.

Das neue Paket kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sowohl Umsatz als auch Gewinn von Tesla rückläufig sind. Der Konzern verliert Marktanteile – auch aufgrund von Musks politischem Engagement aufseiten der US-amerikanischen Rechten, das insbesondere bei liberalen Kunden für Unmut sorgt.

Details: Musk kann das neue Aktienpaket nach zwei Jahren abrufen. Damit würde sein Anteil an Tesla auf knapp 16 Prozent steigen – bei aktuellem Börsenkurs ein Vermögen von über 150 Milliarden Dollar.

Mehr als 140 Tote bei Bootsunglück vor Jemen

befürchtet

Mindestens 74 afrikanische Migranten galten gestern nach dem Kentern eines Bootes vor der Küste Jemens weiterhin als vermisst. Das teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen mit. Die laufenden Such- und Rettungsaktionen nähren jedoch die Befürchtung, dass insgesamt über 140 Menschen ums Leben gekommen sein könnten.

Das Unglück ereignete sich auf einer stark frequentierten, jedoch gefährlichen Route, die viele Afrikaner auf dem Weg in die Golfstaaten nutzen, um dort Arbeit zu finden. Überfüllung und fehlende Sicherheitsausrüstung gelten als Hauptursachen des Unglücks.

Weitere wichtige Nachrichten:

- Israel: Eine große Gruppe ehemaliger Sicherheitschefs reiht sich in die wachsende Zahl israelischer Stimmen ein, die ein Ende des Kriegs in Gaza fordern.
- Rüstung: Russland erklärte, sich künftig nicht mehr an den INF-Vertrag zum Verbot von Mittelstreckenraketen gebunden zu fühlen. Die USA hatten Moskau bereits zuvor Vertragsverstöße vorgeworfen.
- Libanon: Nach dem jüngsten Krieg mit Israel weigert sich die Hisbollah, ihre verbliebenen Waffen abzugeben.
- Weltraum: Die kommissarische Leiterin der NASA ordnete eine beschleunigte Entwicklung eines Kernreaktors für den Einsatz auf dem Mond an.
- Russland: Satellitenaufnahmen zeigen, dass das Erdbeben der vergangenen Woche auch einen russischen Atom-U-Boot-Stützpunkt beschädigt hat.
- Automobilindustrie: Der Fahrdienstleister Lyft plant, ab kommendem Jahr chinesische, selbstfahrende Elektrofahrzeuge in Deutschland und Großbritannien einzusetzen.
- Ukraine: Trumps Sondergesandter für Friedensmissionen, Steve Witkoff, erwägt eine Reise nach Russland, um eine Einigung mit dem Kreml zu sondieren.
- El Salvador: Das Parlament hat eine Verfassungsänderung gebilligt, die Präsident Nayib Bukele eine unbegrenzte Amtszeit ermöglicht.
- Neuseeland: Eine Frau wurde festgenommen, nachdem ein Kleinkind lebend in einem Koffer im Gepäckraum eines Reisebusses gefunden worden war.

Autor: P. Tiko